

Unwetter: konnte niemand damit rechnen?

Albrecht Broemme, Brandassessor,
Zukunftsforum Öffentliche Sicherheit e.V. (ZOES)

Zusammenfassung

1. Die Unwetter-Katastrophe im Juli 2021 in Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Luxemburg und Belgien ereignete sich nach vorhergesagtem Starkregen mit bis zu 160 l/m². In Sommer 2023 gab es in Südost-Europa 2- bis 6-mal stärkere Niederschläge: 360 l/m² in der Region Klagenfurt (Kärnten, Österreich) mit 2/3 des Gebietes von Slowenien sowie 1.000 l/m² in Mazedonien, Zentral-Griechenland.

Hieraus müssen wir Konsequenzen ziehen. Aber: auch die beste Prävention kann nicht alle Schäden verhindern.

2. Wir müssen mehr Wissen und Erfahrungen berücksichtigen („Erkenntnis-Ignoranz“). Hierzu gehört auch die konsequente Umsetzung von Forschungsergebnissen.
3. Wir müssen den Mut haben, über Fehler zu reden und daraus zu lernen – ein wichtiges Prinzip der Resilienz (keine „Hochwasser-Demenz“).
4. Die Verantwortlichkeiten müssen klar geregelt sein (keine „Verantwortungsdiffusion“). Bei der Prävention leistet der Katastrophenschutz im Vergleich zu Land- und Forstwirtschaft, Bebauung, Straßen- und Brückenbau, Wasserwirtschaft, usw. den kleinsten Teil. Konkurrierende Interessen, z.B. mit dem Naturschutz oder dem Denkmalschutz, müssen ggf. politisch aufgelöst werden.
5. Wenn wir uns nicht verstärkt um Resilienz kümmern (einschließlich der Investitionen), müssen enorme Personen-, Sach- und Umweltschäden in Kauf genommen werden.
Alles Erforderliche hierzu steht in der „Resilienzstrategie der Bundesregierung“ vom Juli 2022, die bis zum Jahr 2030 von allen Verwaltungen und der Wirtschaft umgesetzt sein soll.
6. Die Sensibilisierung und Warnung der Bevölkerung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe mit hoher Dringlichkeit.

Situation im Juli 2021

Am 15. Juli 2021 hat ein von den Wetterdiensten vorhergesagter Starkregen in Belgien, Luxemburg und Deutschland insgesamt 220 Menschen das Leben gekostet. Er verursachte enorm viel Leid, Chaos und riesige Sach- und Umweltschäden. Die in einer Nacht entstandenen Sachschäden in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen sind höher als der Jahreshaushalt des Landes Rheinland-Pfalz oder doppelt so hoch wie die Kosten des gesamten Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr.

Was müssen wir tun, um Wiederholungen zu vermeiden? In den „Hochwasserberichten“ für Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Bayern wurden neben diversen Fachfragen auch vier „weiche“ Problemfelder identifiziert: „Erkenntnis-Ignoranz“, „Hochwasser-Demenz“, „Verantwortungsdiffusion“ und „konzentrierte Unfairness“.

„Erkenntnis-Ignoranz“

Es fällt uns sehr schwer, über Fehler offen zu reden. Dies liegt sowohl an der in Deutschland schwach ausgeprägten „Fehlerkultur“ als auch an der „Angst vor dem Staatsanwalt“. Dies führt dazu, dass gleiche Fehler immer wieder gemacht werden.

Ein Beispiel ist Einsatz von spontan Helfenden. Die spontane Hilfsbereitschaft ist sowohl in der Nachbarschaft als auch bundesweit groß. Ungebundene Helferinnen und Helfer strömen ins Katastrophengebiet und wollen „einfach nur helfen“. Doch wie werden sie sinnvoll eingesetzt? Wer erteilt Aufträge? Wer versorgt sie mit „Kost und Logis“? Hierfür gibt es Konzepte, u.a. als Ergebnis der Sicherheitsforschung, die bisher kaum in die Praxis umgesetzt wurden. Jede Kommune und jede Organisation müssen dieses Thema kennen, planen und üben (!).

Die Krisenkommunikation ist schwierig und versagt regelmäßig. Sie muss trainiert werden. Hierzu gibt es anerkannte Schulungen, auch von hierauf spezialisierten privaten Einrichtungen. Eklatante Fehler werden schon bei der Auswahl des Ortes für eine Pressekonferenz gemacht: Bilder prägen sich stärker ein als Worte.

Eine wichtige Voraussetzung für fachliche Kommunikation in der Krise sind einheitliche Begriffe und anschauliche Angaben. So werden bei Starkregen verschiedene Angaben verwendet:

Niederschlagsmenge in „Millimeter“ und „Liter pro Quadratmeter“, Pegelstände in „Zentimeter Anstieg pro Stunde“ oder in „Metern und Centimetern“, fließende Gewässer in „Meter pro Sekunde Fließgeschwindigkeit“ oder in „Kubikmeter pro Sekunde“. Das verwirrt auch die Fachwelt. Für die Allgemeinheit müssen diese Werte übersetzt, durch Vergleiche anschaulich erklärt und mit konkreten Empfehlungen versehen werden.

Einschlägige Erfahrungen und Berichte aus dem Ausland werden in Deutschland kaum beachtet. Hierzu gehören auch Konzepte, die Fachleute aus den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union erarbeitet haben. Ein Beispiel ist „Tackling consequences of extreme Rainfalls and Flash Floods (TaFF)“, also „Bewältigung der Folgen von Starkregen und Springfluten“. Es ist ein Handbuch mit 54 Seiten Umfang und Ausbildungsunterlagen mit mehreren Hundert Folien, allerdings in Englisch.

In Deutschland gibt es bei den einschlägigen Organisationen nahezu zwei Millionen organisierte Menschen. Diese beachtliche Zahl lässt jedoch nicht den Schluss zu, dass wir keine Hilfe aus dem (europäischen Ausland) je nötig hätten. Die vom Unwetter im Juli 2022 betroffenen Flächen entsprechen gut 2% der Fläche Deutschlands. Auf ihr lebt knapp 3% der deutschen Bevölkerung. Aber wie hätte unser Hilfeleistungssystem noch funktioniert, wenn zum Beispiel 10% betroffen wären? Wie resilient sind der Staat, die Wirtschaft und die Bevölkerung?

Der Einsatz der Hilfe aus dem Ausland muss vorbereitet sein („Host Nation Support“), sonst wird es ein Debakel. Die Abläufe müssen geplant, gelehrt und geübt werden. Internationale Vollübungen wurden in Deutschland erst einmal, nämlich 2024 in Baden-Württemberg, durchgeführt...

Die Unterbringung und Verpflegung von organisierten Hilfskräften und Spontanhelferinnen und -Helfern ist stets eine Herausforderung. Leider waren die Erkenntnisse über gut organisierte Bereitstellungsräume aus der Vorbereitung zur Fußball-Weltmeisterschaft 2006 nach 15 Jahren in Vergessenheit geraten. Auch das Konzept des THW zum „BR 500“ wurde nicht umgesetzt, stattdessen entstand ein chaotischer Wartebereich mit rund 5.000 Einsatzkräften. Dass man bei Verlegungen von Einsatzeinheiten zuerst ein Erkundungsteam und Logistiker in Marsch setzt, müssten alle Einsatzstäbe beherzigen.

„Hochwasser-Demenz“

Die sogenannte Hochwasserdemenz erkläre ich folgendermaßen: nach einem halben Jahr ist die Hälfte vergessen, nach einem Jahr nach nahezu alles. Das gilt insbesondere für die Bereitschaft für Veränderungen, wie z.B. Anpassungen von Bebauungsplänen oder Veränderungen in der Landwirtschaft.

An der Ahr gab es in den Jahren 1601, 1804 und 1910 nach Unwettern gewaltige Sommerhochwasser, bei denen zahlreiche Gebäude und fast alle Brücken zerstört wurden. Nach den Überflutungen von 1910 wurden umfassende Schutzmaßnahmen, wie Hochwasser-Rückhaltebecken, geplant. Sie wurden jedoch nie realisiert – stattdessen wurde 1920 in 40 km Entfernung der Nürburgring gebaut.

Der Starkregen im Juli 2021 wurde mehrfach als eine Folge des Klimawandels beklagt, obwohl Ereignisse wie das Tiefdruckgebiet „Bernd“ in jedem Jahrhundert vorkamen.

Allerdings wird der Klimawandel dazu beitragen, dass derartige Schadenslagen in kürzeren Abständen auftreten. Dies erfordert erheblichen Handlungsbedarf bei den Kommunen und den Kreisen. Die Ausstattung und Ausbildung des Katastrophenschutzes müssen angepasst werden. Bevölkerung, Verwaltung und Wirtschaft, insbesondere der kritischen Infrastruktur, müssen sensibilisiert werden. Wichtige Akteure sind die Forstwirtschaft, die Landwirtschaft (Weinbau!) sowie die Wasserwirtschaft.

Ein wichtiger Baustein zum Erkennen der Hochwasserlage sind Pegelmessgeräte an den Zuläufen der Gewässer. Hier wurde in Deutschland bislang so gut wie nichts unternommen.

Die Auswirkungen derartiger Katastrophen auf die Psyche der betroffenen Bevölkerung und der Einsatzkräfte sind prinzipiell bekannt. Wir müssen dieses Thema präventiv, offensiv und konsequent angehen. Es dürfen deswegen keine Suizide mehr passieren.

„Verantwortungsdiffusion“

Die sogenannte Verantwortungsdiffusion entsteht bei unklaren Zuständigkeiten, bei unvollständigen Planungen und bei veralteten oder widersprüchlichen Regelungen. Viele Prozesse in der Verwaltung und in der Wirtschaft sind zu kleinteilig organisiert.

Ein weiteres Risiko sind mangelnde Fachkenntnisse und „vergessene“ Erfahrungen bei Verwaltung, bei Einsatzorganisationen und in der Politik.

Die Beteiligung der haupt- und ehrenamtlichen Beschäftigten, die Mitbestimmung und die Information der Bevölkerung sowie Mitzeichnungsverfahren der Verwaltungen sind wichtige Elemente unserer Demokratie. Sie dürfen jedoch nicht zur Lähmung des Fortschrittes führen.

Die meisten Entscheidungen verursachen „Verlierer“ und „Gewinner“. Ein Beispiel ist die Ausweisung einer Wiese nicht mehr als Baugebiet, sondern als Hochwasser-Überflutungsbereich. Für solche Entscheidungen müssen die Kommunen einen Ausgleich erhalten, da auf zusätzliche Gewerbegebiete verzichtet wird. Auch müssen Anreize geschaffen werden, um versiegelte Flächen wieder zu entsiegeln. Beteuerungen zum Anstreben des Klimaziels reichen nicht aus.

„Konzertierte Unfairness“

Unmittelbar nach dem „Ahr-Hochwasser“ kam es zu einer medialen Schiefelage, in der das angebliche Versagen eines Landrates oder des gesamten Katastrophenschutzes öffentlich angeprangert wurden. Es muss zukünftig gelingen, dies zu erkennen und dem entgegenzusteuern.

Es gab organisierte Gruppen, die mit Fahrzeugen von Dorf zu Dorf fuhren, um Geldspenden und Fehlinformationen zu verbreiten. Hierzu gehörte der Aufruf, ein Dorf sofort zu verlassen, weil der oberhalb liegende Staudamm in Kürze brechen würde – die geplanten Plünderungen konnten von der Polizei vereitelt werden.

Offensichtlich dauerte es vielen Betroffenen subjektiv zu lange, bis Hilfe ankam. Problematisch sind überzogene Erwartungshaltungen vieler Mitmenschen, wie „der Staat“ zu helfen, denn „man zahle ja schließlich genug Steuern“.

Einerseits wurde öffentlich das unzureichende Warnsystem beklagt, andererseits haben viele Menschen Warnungen ignoriert. Ohne vorherige Aufklärung der Einwohnerschaft auf lokaler Ebene ist keine sinnvolle Warnung möglich.

Die Eigenbetroffenheit mit ihren nachvollziehbaren Auswirkungen wird oft unterschätzt. So gab es im Landkreis Ahrweiler wohl kaum jemanden, der nicht mittelbar oder unmittelbar vom Chaos betroffen war. Wie kann unter solchen Umständen eine Freiwillige Feuerwehr oder eine Stadtverwaltung mängelfrei „funktionieren“?

Zur Steuerung von Katastrophen sind Einsatzleitungen erforderlich, die nach bundesweit einheitlichem Standard aufgestellt und gut trainiert sein müssen. Hierzu gehören auch die regelmäßigen Ablösungen des Personals in den Stäben. Voraussetzung ist ein aktuelles Lagebild unter Einbeziehung der sozialen Netzwerke. Auch Einsätze, die ein großes Gebiet betreffen und über mehrere Monate dauern, müssen bewältigt werden.

Die fachliche oder die politische Gesamtverantwortung kann nur derjenige übernehmen, der sowohl präventiv als auch reaktiv steuern kann. Hierzu gehört auch die Finanzierung.

Resümee

Extreme Unwetterschäden können in sämtlichen Mittel- oder Hochgebirgslagen sowie in den Küstenregionen in ähnlichem oder stärkerem Ausmaß auftreten. Aussagen, dass „so etwas“ nicht für möglich zu halten war, entbehren jeder Grundlage. Die Niederschläge an Ahr und Erft 2021 waren zweifellos heftig, es sind jedoch weitaus stärkere möglich.

Um das Ausmaß von Unwetterschäden zu reduzieren, sind gute Planungen sowie Anstrengungen zur Verbesserung der Resilienz zwingend erforderlich. Dies muss enger verzahnt sein zwischen Verwaltung, Wirtschaft, Bevölkerung und der Politik. Hierzu benötigt jedes Land ein „Landesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenvorsorge“.

In jeder Kommune müssen sogenannte „Kat-Leuchttürme“ als allgemein bekannte, fußläufig erreichbare Info- und Betreuungspunkte organisiert werden.

Viele Vorträge als THW-Präsident habe ich mit folgendem Tipp beendet:

„Sei vorbereitet – es kommt schlimmer als Du denkst!“